

gen Gebieten." Hier sollen "Altersrenten und andere Wohlfahrtsleistungen für die Bevölkerung eigenständig bereitgestellt werden und staatliche Unterstützung nur geringfügig in Anspruch genommen werden." Problematisch entwickelt sich die Situation vor allen Dingen in den Städten, die einem beschleunigten "sozialen Wandel unterliegen". Das "zunehmende Alter der Bevölkerung, die Abnahme der Familiengröße und das schnellere Lebens-tempo haben viele neue Probleme verursacht, die mit neuen Lösungen angegangen werden müssen." Dennoch bleibt nach wie vor die Bekämpfung der ländlichen Armut das Hauptproblem. Während der letzten zehn Jahre habe sich die Zahl der ländlichen Familien "unterhalb der Armutsebene" halbiert. (XNA, 28.3.90) -ma-

*(25)

Anstieg der Kriminalität

Aus einem Bericht Ren Jianxins, des Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofes, geht hervor, daß die Kriminalität in China 1989 weiter angestiegen ist. Insgesamt hätten die Gerichte des Landes auf allen Ebenen 392.564 Strafprozesse durchgeführt, was einem Anstieg von 25,3% gegenüber 1988 entspricht. Die Zahl der verurteilten Angeklagten stieg um 30,9% auf 482.658. In dieser Gesamtzahl sind 105.818 Verurteilte enthalten, die "die wirtschaftliche Ordnung ernsthaft gestört" haben. Die Zahl der Verurteilten stelle jedoch nur einen Bruchteil derjenigen dar, die Gesetzesverstöße begangen haben. "Diejenigen, die von den Volksgerichten nach dem Gesetz verurteilt wurden, stellten nur die kleine Zahl derjenigen Straftäter dar, die sich an Zerstörungen, Plünderungen, Brandstiftung und Mord während der Unruhen und Rebellionen beteiligt hatten und die die nationale Sicherheit gefährdet und das Gesetz verletzt hatten, indem sie Verschwörungen organisierten und politische Unruhen oder konterrevolutionäre Rebellionen lenkten, die darauf ausgerichtet waren, die politische Macht der demokratischen Diktatur des Volkes und des sozialistischen Systems zu stürzen." Im Gegensatz dazu sei die "große Zahl der Teilnehmer, die die wahren Fakten nicht kannten", nachsichtig behandelt worden. Ihnen gegenüber "wurde die Politik der Erziehung eingesetzt". Ren kritisierte "feindselige ausländische

Kräfte, die uns angriffen, indem sie behaupteten, daß wir geheime Verfahren durchgeführt und geheime Urteile gesprochen hätten, daß wir offene und faire Verfahren nicht zugelassen hätten, und daß wir die Menschenrechte verletzt hätten... Dies ist eine rein böartige Verleumdung der Rechtsorgane und des Rechtssystems unseres Landes".

Von besonderer Bedeutung scheint die Tatsache, daß "in einer großen Zahl von Orten während der letzten Jahre ein Aufwärtstrend in der Jugendkriminalität sichtbar geworden ist. Der Anstieg der Zahl von Verbrechen, die von Jugendlichen begangen wurden, ist zu einem ernsthaften sozialen Problem geworden, das in der Bevölkerung zu Besorgnis geführt hat." (SWB, 3.4.90) -ma-

Kultur

*(26)

China plant Reform der Hochschulaufnahmeprüfungen

China plant bis zum Jahre 1994 eine Reform der Hochschulaufnahmeprüfungen. Ziel der Reform ist es, die Zahl der Fächer in den nationalen Aufnahmeprüfungen zu reduzieren. Gegenwärtig müssen die Abiturienten, die sich um einen Studienplatz an einer Universität oder Hochschule bewerben, eine mehrtägige nationale Prüfung in 6-7 Fächern absolvieren. Bewerber für ein natur- oder ingenieurwissenschaftliches Studium müssen die Prüfung in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, chinesische Literatur, Politik und einer Fremdsprache ablegen, Bewerber für ein geisteswissenschaftliches Studium in chinesischer Literatur, Politik, Geographie, Geschichte, Mathematik und einer Fremdsprache. Nach dem neuen System können Oberschüler gleich nach Absolvierung eines Pflichtkurses eine Prüfung ablegen. Bestehen sie den Kurs, können sie an der Hochschulaufnahmeprüfung teilnehmen, brauchen dann aber nur in 3 oder 4 Fächern eine Prüfung abzulegen. Die neue Regelung wird derzeit bereits in neun Provinzen und Städten ausprobiert. Dies gab Li Tieying, Staatsrat

und Vorsitzender der Staatlichen Erziehungskommission, anlässlich einer Diskussion über Li Pengs Rechenschaftsbericht der Regierung mit Vertretern des NVK aus Sichuan bekannt. (XNA, 25.3.90)

Die beabsichtigte Reform soll offenbar dazu beitragen, den Prüfungsstreß und die Belastung der Lehrer bei den nationalen Aufnahmeprüfungen zu mindern. Anstatt alles von der Aufnahmeprüfung abhängig zu machen, soll jetzt die Gesamtleistung des Schülers während seiner letzten Schuljahre mehr berücksichtigt werden. -st-

*(27)

Förderung postdoktoraler Forschung

In den vergangenen fünf Jahren sind in China 595 Wissenschaftler im Anschluß an ihre Promotion weiter ausgebildet worden. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten standen für jeden Wissenschaftler im Rahmen dieses postdoktoralen Forschungsprogramms 150.000 Yuan pro Jahr an Forschungsmitteln zur Verfügung, ein Vielfaches der Summe, die normalen Forschern zur Verfügung steht. China hat außerdem eine Stiftung für postdoktorale Studien mit einem Stiftungskapital von 10 Millionen Yuan und 2 Millionen US-Dollar gegründet. Bisher haben 304 Personen insgesamt 2,3 Millionen Yuan und 60.500 US-Dollar aus dem Stiftungsfonds erhalten. Das von Deng Xiaoping angeregte Forschungsförderungsprogramm für postdoktorale Studien begann im Juli 1985. Ein Fünftel aller nach Erlangung des Doktorgrades aus dem Ausland zurückgekehrten Studenten wurde bisher für das Programm ausgewählt. Zu seiner Durchführung wurden 159 Zentren für postdoktorale Studien an 93 Hochschulinstitutionen eingerichtet. (XNA, 18.3.90)

Mit dem Programm zur Förderung postdoktoraler Forschung soll zweierlei bezweckt werden: Zum einen braucht der Staat für sein Modernisierungsprogramm hochqualifizierte Forscher, zum anderen soll ein Anreiz für im Ausland Studierende geschaffen werden, in die Heimat zurückzukehren. Abgesehen davon, daß ohnehin nur ein geringer Teil der chinesischen Auslandsstudenten nach China zurückkehrt, ziehen gerade viele wissenschaftlich ambitionierte Jungakademi-

ker es aufgrund der besseren Forschungsmöglichkeiten vor, im Ausland zu bleiben. Nach wie vor promoviert der größte Teil der Studenten im Ausland. In China selbst erlangten in den vergangenen fünf Jahren nur gut 2.000 Studenten den Doktorgrad. -st-

*(28)

Parteigeschichte als Mittel der ideologischen Erziehung

Vom 8.-13.März 1990 fand in Beijing eine nationale Konferenz mit Vertretern, die sich verantwortlich mit Parteigeschichte befassen, statt (RMRB, 9. u. 14.3.90). Die Konferenz zeigte, daß es offenbar weniger um konkrete Pläne, wie z.B. die Verfassung einer vollständigen Geschichte der KPCh, die bislang immer noch aussteht, ging, sondern daß das Hauptinteresse vielmehr der Frage galt, wie die Arbeit an der Parteigeschichte am besten in den Dienst der Erziehung des Volkes, insbesondere der Jugend, zu stellen sei. Bezeichnend war, daß orthodoxe Parteiveteranen auf dem Kongreß den Ton angaben. Von ihnen waren u.a. vertreten: Yang Shangkun, Staatspräsident und Leiter der kleinen Führungsgruppe des ZK für die Arbeit an der Parteigeschichte; Bo Yibo, stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Beraterkommission und stellvertretender Leiter der kleinen Führungsgruppe des ZK für die Arbeit an der Parteigeschichte; Hu Qiaomu, Mitglied des Ständigen Ausschusses der Zentralen Beraterkommission und stellvertretender Leiter der kleinen Führungsgruppe des ZK für die Arbeit an der Parteigeschichte; und Hu Sheng, Vizepräsident der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und Leiter des Forschungsinstituts für Parteigeschichte beim ZK. Unter ihnen ist Hu Sheng der einzige Historiker.

Ihre Äußerungen auf der Konferenz offenbaren, daß Arbeit an der Parteigeschichte in erster Linie Politik und Propaganda bedeutet. So betonte Bo Yibo, daß die Erforschung der Parteigeschichte nicht nur historische, sondern aktuelle Bedeutung habe. Es gebe nicht mehr so sehr viele alte Parteigenossen, deshalb dürfe die Erstellung einer wahren Parteigeschichte nicht mehr länger aufgeschoben werden. Als Richtlinie könne das vom 6. Plenum des XI. ZK verabschiedete Dokument "Beschluß über einige historische Probleme der Partei seit Gründung der Volksrepublik" gelten. (RMRB, 9.3.90)

Hu Qiaomu erläuterte, daß die Arbeit an der Parteigeschichte ein wichtiger Teil der ideologischen Arbeit der Partei sei. Sie sei dazu da, die Jugend und das Volk über die Zeitgeschichte und die Revolutionsgeschichte Chinas sowie über die Geschichte der KPCh zu unterweisen. Hauptaufgabe dieser Konferenz sei es, zu untersuchen, wie man die Erforschung und Propagierung der Parteigeschichte noch mehr in den Dienst der Erziehung der Jugend und des Volkes stellen könne, insbesondere zu einer Zeit, da der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung und gegen die Einmischung von außen als langwierige und grundlegende Aufgabe vor der Partei und dem ganzen Volk stünden. Den Genossen, die mit der Arbeit an der Parteigeschichte befaßt sind, empfahl er, sich nicht nur der Vergangenheit, sondern auch der Gegenwart und Zukunft zuzuwenden und anhand der historischen Fakten, Lehren und Gesetze zu beweisen, daß es notwendig sei, an der Führungsrolle der Partei und am sozialistischen System festzuhalten. Die Erforschung der Parteigeschichte sei keine ruhige Arbeit im Studierzimmer, sondern eine kämpferische Arbeit an der vordersten Front des ideologischen Kampfes. (Ebd.; vgl. auch den Wortlaut von Hu Qiaomus Rede in RMRB, 29.3.90.)

Während der sechstägigen Konferenz standen die ideologischen und politischen Aufgaben der Parteigeschichtsschreibung eindeutig im Vordergrund, nämlich die Frage, wie man noch besser an den Vier Grundprinzipien festhalten und die bürgerliche Liberalisierung bekämpfen könne und wie man die Parteilinie besser propagieren und durchsetzen könne. Daneben kamen aber auch Fragen des Sammelns, Ordnen und der Herausgabe von Quellenmaterial zur Parteigeschichte zur Diskussion. Yang Shangkun schließlich war es, der die Historiker dazu aufrief, möglichst schnell eine vollständige Geschichte der KPCh zu verfassen. (RMRB, 14.3.90) Ob dies allerdings bis zum nächsten Jahr, dem siebzigsten Gründungsjahr der KPCh gelingt, wurde nicht konkret in Aussicht gestellt. -st-

*(29)

Kampagne zum Lernen von Lei Feng

Neuerdings steht wieder ein Musterheld der sechziger Jahre im Mittelpunkt der ideologisch-moralischen Erziehung des chinesischen Volkes, ins-

besondere der Jugend: der Soldat Lei Feng, der als Prototyp des sich aufopfernden, dem Volke dienenden, selbstlosen Helden gilt, dessen Name in den sechziger Jahren in aller Munde war, um den es freilich in nachmaoistischer Zeit still geworden war. Lei Feng, Leiter eines Zuges in einem Ingenieurkorps, war 1962 im Alter von 22 Jahren im Dienst zu Tode gekommen. Er hatte sein Leben ganz in den Dienst des Volkes gestellt, so heißt es, und mehrfach sein Leben riskiert, um andere zu retten. In seiner Freizeit arbeitete er in Volkskommunen und auf Baustellen und half seinen Kameraden und anderen Menschen (XNA, 2.3.90). Seit Wochen und Monaten versucht die derzeitige chinesische Propaganda, dem Volk wieder Lei Feng als moralisches Vorbild nahezubringen. Mit dem "Geist Lei Fengs" soll die westlich-bürgerliche Moral bekämpft werden, allerdings wohl ohne großen Erfolg. Hier soll nun Abhilfe geschaffen werden: Anfang März erlangte die Bewegung "Lernen von Lei Feng" neuen Auftrieb und weitete sich zu einer Kampagne aus, die breite Kreise der Bevölkerung, vor allem an den Schulen und Universitäten, auf den Helden Lei Feng ausrichten sollen. Am 5.März 1963 nämlich hatte Mao Zedong die Losung "Lernen von Lei Feng" ausgegeben. Zur Erinnerung an den 27.Jahrestag dieses Ereignisses fand in Beijing vom 3.-5.März eine Konferenz statt, an der unter Anwesenheit der wichtigsten politischen Führer Vertreter der Propagandaabteilung des ZK, der politischen Abteilung der VBA und des ZK der Kommunistischen Jugendliga teilnahmen. Li Ruihuan wies in seiner Rede auf der Konferenz darauf hin, daß es zur Erreichung der politischen Ziele Chinas (wirtschaftlicher Aufbau, Festhalten an den vier Grundprinzipien, an der Reform- und Öffnungspolitik, Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation, Schaffung einer guten gesellschaftspolitischen Umwelt) unbedingt erforderlich sei, den Geist von Lei Feng zu entfalten und die Bewegung "Lernen von Lei Feng" voranzutreiben. Lernen von Lei Feng bedeute im einzelnen: Die Kommunistische Partei und den Sozialismus heiß lieben, sein begrenztes Leben unbegrenzt in den Dienst des Volkes stellen, hart kämpfen, fleißig und genügsam sein. Li sprach insbesondere die Masse der Parteikader an. Er rief dazu auf, auf allen Ebenen Aktivitäten zum Lernen von Lei Feng zu entfalten,

aus den Erfahrungen fortschrittlicher Einheiten und Personen, die von Lei Feng gelernt haben, zu schöpfen und diese überall zu propagieren. (Vgl. den Wortlaut der Rede Li Ruihuans in RMRB, 6.3.90.) -st-

*(30)

Stellenzuweisung für Studenten in Beijing

In diesem Jahr stehen die Chancen für die Hochschulabsolventen in Beijing sehr schlecht, in der Hauptstadt eine Stellung zu erhalten. Nur gut ein Drittel der 33.000 Hochschulabsolventen dieses Jahres kann damit rechnen, in einer Beijinger Einheit eingestellt zu werden. Der Rest muß sich mit einem Arbeitsplatz an der Basis, d.h. außerhalb der Hauptstadt und anderer Großstädte, begnügen. Obwohl in Beijing in diesem Jahr nur 8.000 Hochschulabsolventen gebraucht werden, sollen etwa 13.000 eine Stellung in Beijing finden. Am günstigsten sieht die Lage für Mediziner und Ingenieure aus, während Geisteswissenschaftler und Naturwissenschaftler schlecht zu vermitteln sind und wohl damit rechnen müssen, auf dem Lande eingesetzt zu werden. (XNA, 23.3.90) Bei der Stellenvermittlung wird neben Beziehungen in erster Linie die ideologische Zuverlässigkeit der Absolventen eine Rolle spielen. -st-

*(31)

Bewerber für Auslandsstudium müssen rechtmäßige Wege gehen

Ein Vertreter des Ministeriums für öffentliche Sicherheit hat kürzlich Kandidaten für ein Studium im Ausland darauf hingewiesen, daß sie sich bei der Bewerbung um ein Auslandsstudium an die Vorschriften und Gesetze Chinas zu halten hätten und nicht ihre eigenen Wege gehen dürften. Anlaß für diese Warnung ist nach Aussagen des Vertreters des Ministeriums die Tatsache, daß einige Leute in China auf eigene Faust ausländische Schulen kontaktieren und zu hohem Preis ausländische Aufnahmebestätigungen und Finanzierungsgarantien kaufen oder daß sie sog. "Vermittlern" ausländisches Geld geben oder direkt an die Schulen im Ausland schicken. Viele seien auf diese Weise getäuscht worden. Auch komme es nicht selten vor, daß ausländische Organisationen oder

Einzelpersonen ungeachtet der chinesischen Gesetze mit allen möglichen illegalen Methoden Studenten in China, die sich selbst um ein Auslandsstudium bewerben wollen, an einer ausländischen Schule einschreiben und sich mit den Gebühren aus dem Verkauf der Aufnahmebescheinigungen und der Finanzierungsgarantien unrechtmäßig bereichern. Der Vertreter des Ministeriums wies darauf hin, daß derartige illegal erworbene Papiere nicht anerkannt würden und daß die betr. Personen für den finanziellen Verlust selbst die Verantwortung trügen. Er kündigte an, daß Leuten, die sich auf illegale Weise solche Papiere besorgten, die Pässe entzogen würden und Strafen drohten. (RMRB, 7.3.90; XNA, 8.3.90)

Die Warnung von Seiten des Ministeriums für öffentliche Sicherheit macht deutlich, daß es Chinesen nicht mehr gestattet ist, sich selbst im Ausland um Stipendien zu bemühen. Vor den Studentenprotesten 1989 war dies ausdrücklich erlaubt. Seit der Verschärfung der Bestimmungen für Auslandsstudenten im Anschluß an die Studentenproteste behält sich der Staat die absolute Kontrolle über alle Auslandsstudien vor. -st-

*(32)

Internationaler Frauentag

Zum Internationalen Frauentag am 8.März gab es in China zahlreiche Veranstaltungen. Die Hauptveranstaltung fand in der Großen Halle des Volkes am 7.März zum Gedenken an die werktätigen Frauen in aller Welt statt. Unter Anwesenheit der gesamten politischen Führung nahmen über 3.000 Frauen an dieser Feier teil. Die Vorsitzende des Chinesischen Frauenverbandes, Chen Muhua, gab einen Rückblick auf die Frauenbewegung Chinas in den vergangenen vierzig Jahren. Sie würdigte den Beitrag der Frauen am sozialistischen Aufbau und wies darauf hin, daß sich die wirtschaftliche Stellung der Frau in Gesellschaft und Familie stetig verbessert habe. Auch ihre politische Stellung habe sich stark gewandelt. Die Frauenbildung breite sich immer mehr aus, und das kulturelle Niveau der Frauen werde zunehmend angehoben. Die Mehrzahl der Frauen praktiziere die freie Wahl des Ehepartners und die Gleichheit zwischen Mann und Frau in

der Familie. Dennoch bleibe viel zu tun; Frau Chen rief die Frauen auf, sich mehr im Frauenverband zu engagieren und sich vor allem an den Basisorganisationen zu beteiligen. (GMRB, RMRB, 8.3.90)

Auch Jiang Zemin sprach auf der Veranstaltung (vgl. den Wortlaut der Rede in RMRB u. GMRB, 8.3.90). Nach einem historischen Rückblick, in dem er betonte, daß die Frauenemanzipation nur unter der Führung der Kommunistischen Partei durchgeführt werden konnte, erläuterte er die wesentlichen Gedanken der Frauenemanzipation im Marxismus und bei Mao Zedong. Unter dem sozialistischen System sei die chinesische Frau befreit worden, sie leiste einen unersetzlichen Beitrag in Landwirtschaft und Industrie, Wissenschaft und Kultur, im Gesundheits- und Erziehungswesen; die Zahl der weiblichen Kader, Wissenschaftler und Experten werde immer größer. Er rief die Frauen auf, ihr Selbstvertrauen zu festigen, ihre Solidarität zu stärken, sich mit Fleiß dem Aufbau des Landes und der Sorge für die Familie zu widmen und ihren Beitrag für die Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu leisten.

Beide Reden machten deutlich, daß weder der Frauenverband noch die Frauen selbst eine unabhängige Stellung innehaben. Wie alle Massenorganisationen ist auch der Frauenverband nur ein verlängerter Arm der Partei und nicht in der Lage, eine unabhängige Politik, die wahrhaft den Interessen der Frauen dient, zu verfolgen. Überdies wurde in beiden Reden die Situation der Frau als insgesamt positiv dargestellt.

Eine positive Sicht vermittelte Chen Muhua auch in einem Interview, in dem sie konkrete Zahlen über die zunehmend bessere Stellung der Frau nannte (vgl. RMRB, 7.3.90). Im politischen Leben sei die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Nationalen Volkskongreß von 147 im Jahre 1954 auf 634 im Jahre 1988 angestiegen; in Prozentzahlen ausgedrückt, sei das eine Steigerung von 12% auf 21,3% der gesamten Abgeordnetenzahl. Bei einer Steigerungsrate von knapp 10% in fast vier Jahrzehnten kann man allerdings nicht gerade von einer sehr erfolgreichen Aktivierung der Frauen für die Politik sprechen. Günstiger sieht die Lage in bezug auf die weiblichen Ka-

der aus. Hier nannte Chen Muhua für das Jahr 1951 eine Zahl von 366.000, die sich auf derzeit 8,7 Millionen erhöht habe. Im Gegensatz zu Chen Muhua, die begrüßte, daß eine ganze Reihe von weiblichen Kadern auch Spitzenpositionen in Organen der Zentrale und der Provinzebene innehätten, muß jedoch gesagt werden, daß Spitzenpositionen für Frauen immer noch eher die Ausnahme sind und daß sich das Gros der weiblichen Kader auf der untersten Verwaltungsebene findet. Im Wirtschaftsleben ist die Zahl der weiblichen Angestellten und Arbeiter laut Chen Muhua von 600.000 im Jahre 1949 bis jetzt auf über 50 Millionen angewachsen. Auf dem Lande würden gut 31 Millionen Frauen irgendeine Art von technischer Ausbildung erhalten. Dies alles zeige, so das Resümee von Frau Chen, daß die Frau in China in allen Berufssparten eine immer wichtigere Rolle spiele und daß der Wert der Frau in der chinesischen Gesellschaft wirklich anerkannt werde und zur Geltung komme.

Chen Muhua gab jedoch zu, daß das Bildungsniveau der Frauen noch weit unter dem der Männer liege. Insbesondere auf dem Lande herrsche vielfach noch die Ansicht vor, daß Männer höher zu achten seien als Frauen. Hinzu komme - und dies sagte sie an die Adresse der Frauen selbst -, daß viele Mädchen eine sehr gezielte Art hätten und eine volle Einsatzbereitschaft vermissen ließen. Frau Chen zeigte Verständnis für die Belastung der Frau durch Kindererziehung, Hausarbeit und Beruf. Hier gelte es für die Frau, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, um mehr Unterstützung durch die Gesellschaft zu erhalten. Aus diesem Grunde betone der Frauenverband bei den Frauen die "Vier Selbst", nämlich Selbstachtung, Selbstvertrauen, Selbständigkeit und Selbststärkung. Nur wenn die Frauen diese Eigenschaften hätten und sich voll einsetzen, seien sie in der Lage, sich in der Gesellschaft eine geachtete Position zu erobern. Heute würden einige Frauen die "Vier Selbst" ablehnen und wollten wieder ins Haus zurückkehren. Dies bedeute jedoch einen Rückschritt für die Frauenemanzipation. -st-

*(33)

Nationale Konferenz über Presse- und Verlagswesen

Anfang März 1990 fand in Beijing eine von der Behörde für das Presse- und Publikationswesen einberufene Konferenz statt, an der Leiter von Presse-

und Verlagshäusern aus ganz China teilnahmen. Die Konferenz muß im Zusammenhang mit der im Sommer 1989 begonnenen und bis jetzt nicht abgeschlossenen "Ausrichtung" des gesamten Publikationssektors gesehen werden. Ihr Hauptzweck bestand denn auch darin, den Zeitungs- und Verlagsleuten Richtlinien für ihre Arbeit zu geben. Song Muwen, der Direktor der Behörde für das Presse- und Publikationswesen, nannte in seiner Rede bezeichnenderweise die Propaganda und öffentliche Meinungsmache als die wichtigsten Aufgaben des Publikationswesens, erst in zweiter Linie nannte er die Wissensvermittlung und die Bereicherung des geistig-kulturellen Lebens des Volkes. China, so meinte er, habe im vorausgegangenen Jahrzehnt eine Menge guter Bücher veröffentlicht. Doch könne nicht geleugnet werden, daß auf dem Publikationssektor ernsthafte Probleme bestünden. Der scharfe Gegensatz zwischen dem Festhalten an den vier Grundprinzipien und der Verbreitung bürgerlich-liberalen Gedankengutes, zwischen den Erfordernissen des Aufbaus der sozialistischen geistigen Zivilisation und dem alleinigen Streben nach Geld und Gewinn habe zu Fehlleistungen geführt, die es zu überdenken gelte und aus denen Lehren zu ziehen seien. Insbesondere sei an den vier Grundprinzipien festzuhalten und die bürgerliche Liberalisierung zu bekämpfen. Es sei unbedingt auf die gesellschaftliche Wirkung einer Publikation zu achten und dem Streben nach Geld eine klare Absage zu erteilen. Die Hauptaufgaben für das Jahr 1990 seien die Fortführung des Kampfes gegen Pornographie, die Ausrichtung der Verlage sowie die Anpassung und Verbesserung der Maßnahmen zur Reform des Verlagswesens. Im übrigen müsse durch rechtliche, verwaltungsmäßige und wirtschaftliche Maßnahmen die Kontrolle über die Verlage gestärkt werden. Er rief die Verlage auf, mehr Bücher über politische Theorie und mehr volkstümliche Bücher, insbesondere für die 900 Millionen umfassende ländliche Bevölkerung, zu publizieren. (GMRB, 3.3.90)

Im gleichen Sinne äußerte sich Li Ruihuan, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und des Sekretariats der KPCh. Das Jahr 1989, sagte er, sei kein normales Jahr gewesen. Doch das Presse- und Verlagswesen habe die Probe bestanden, es habe die Tendenzen der bürgerlichen Liberalisierung kritisiert und Maßnahmen ge-

gen die Verbreitung von Pornographie und zur Ausrichtung der Presse und der Verlage unternommen. Aufgrund all dieser Anstrengungen sei der "Kulturmarkt" sauberer geworden. Die Praxis zeige, daß die überwiegende Mehrheit der Presse- und Verlagsleute entsprechend den Anforderungen des ZK und der Behörden arbeiteten. Auch in diesem Jahr hätten die Presse- und Verlagshäuser schwierige Aufgaben zu bewältigen. Die Reduzierung und Ausrichtung der Zeitungen und Zeitschriften wie auch der Verlage müßten fortgesetzt werden, desgleichen der Kampf gegen die Pornographie, um ihre erneute Verbreitung zu unterbinden. Gegenwärtig solle man sich darauf konzentrieren, Werke, die sich in der Vergangenheit als gut erwiesen hätten, neu aufzulegen. Er nannte in diesem Zusammenhang theoretische Werke des Marxismus-Leninismus, aber auch "hervorragende" literarische Werke. Daneben sollten auch solche Bücher publiziert werden, die zur Zeit der Vorherrschaft des bürgerlichen Liberalismus nicht hätten veröffentlicht werden können. Schließlich könnten auch Bücher, die nur an einzelnen Stellen Unzulänglichkeiten aufwiesen, korrigiert und dann herausgebracht werden. Auf diese Weise könne man das Problem, daß es nicht genügend gute Bücher gibt, lösen. (RMRB, 7.3.90)

Tatsächlich sieht es auf dem gesamten Publikationssektor trübe aus. Zeitungen und Zeitschriften haben seit dem Juni 1989 ihre Vielseitigkeit und ihre Ansätze zu Meinungsvielfalt wieder gänzlich verloren und vertreten nur noch die offizielle Parteimeinung. Das gleiche gilt für die geistes- und sozialwissenschaftlichen Publikationen. Hier ziehen sich die Wissenschaftler auf unverfügbare Forschungsgebiete zurück oder schweigen. Auch bei den Neuveröffentlichungen auf dem Gebiet der Belletristik fehlen die Namen der bekannten jüngeren Schriftsteller. Veröffentlicht werden nur noch "gute" Bücher im Sinne der Parteimeinung. Es ist sicher kein Zufall, daß just zum Zeitpunkt der nationalen Konferenz über das Presse- und Verlagswesen die großen Zeitungen den Wortlaut der langen Reden von Jiang Zemin und Li Ruihuan veröffentlichten, die diese am 28. November 1989 auf der Konferenz der ZK-Propagandaabteilung für Journalisten gehalten hatten (vgl. RMRB und GMRB, 2. und 3.3.90). In beiden Reden werden Ausführungen über die ideologische Richtung der Pressearbeit gemacht und die Kontrolle der Partei über das Pressewesen betont. -st-

***(34)
Copyright-Forschungsgesellschaft gegründet**

In Beijing wurde kürzlich eine Copyright-Forschungsgesellschaft gegründet mit dem Ziel, wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiet des Copyrights und des Schutzes von Autorenrechten zu fördern. Es handelt sich um eine nichtstaatliche, nationale wissenschaftliche Organisation. In ihr wirken Gesetzgeber, Rechtswissenschaftler, Vertreter der betreffenden Behörden, Künstler, Schriftsteller, Verleger, Wissenschaftler und Wirtschaftsfachleute zusammen. Die Forschungsgesellschaft will u.a. Symposien über das Copyright organisieren und Vorschläge für die Copyrightregelungen unterbreiten. Sie will sich an den internationalen wissenschaftlichen Aktivitäten auf dem Gebiet des Copyrights beteiligen, indem sie z.B. chinesische Arbeiten zum Copyright an internationale Organisationen vermittelt und neue Richtungen der internationalen Copyright-Forschung in China einführt. Ferner will die Gesellschaft beratend wirken und Kurse zur Verbreitung von Kenntnissen über das Copyright veranstalten. Ren Jianxin, der Präsident des Obersten Volksgerichts, wurde zum Ehrenpräsidenten der Gesellschaft gewählt, Song Muwen, der Direktor der Behörde für das Presse- und Publikationswesen und zugleich Direktor des Staatlichen Copyright-Büros, zum Vorsitzenden. (XNA, 10.3.90) Mit dieser Wahl ist angezeigt, daß es sich bei der Neugründung nicht um eine unabhängige wissenschaftliche Organisation handelt.

-st-

Außenwirtschaft

***(35)
Hongkong größter Investor in der Volksrepublik**

Hongkong wird wahrscheinlich weiterhin der größte Investor in der Volksrepublik China in den 1990 Jahren sein, während Japan die Vereinigten Staaten übertreffen und an die zweite Stelle rücken wird. Wie Chu Baotai, der stellvertretende Direktor der Verwaltung für ausländische Investitionen im Ministerium für außenwirtschaftliche

Beziehungen und Außenhandel, mitgeteilt, werden die Investitionen aus Taiwan schnell anwachsen, die Investitionen aus Thailand und Südkorea werden ebenso ansteigen.

Um das Jahr 2000 werden die tatsächlichen ausländischen Investitionen in der Volksrepublik mehr als 40 Mrd. US\$ ausmachen, das wäre mehr als das Doppelte der gegenwärtig investierten Summe, die sich auf 15,43 Mrd.US\$ beläuft.

Von diesen 15,43 Mrd.US\$ kamen 9,5 Mrd. aus Hongkong, Macau und Taiwan, 2 Mrd. aus den Vereinigten Staaten, 1,9 Mrd. aus Japan, 0,8 Mrd. aus der Europäischen Gemeinschaft sowie 1,23 Mrd. aus anderen Ländern.

Chu erklärte, daß das im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und den Ländern der Europäischen Gemeinschaft größere Wachstum japanischer Investitionen in der Volksrepublik auch in den 1990 Jahren anhalten werde.

Im Jahre 1989 genehmigte die Volksrepublik 294 Projekte mit japanischen Finanzmitteln mit einem gesamten Kapital von 440 Mio.US\$, das waren 59% mehr als im Jahre 1988. Die japanischen Investitionen in der Volksrepublik sind aber immer noch unbedeutend, sie stellen nämlich nur 1,2% der gesamten Investitionen dieses Landes in Höhe von mehr als 140 Mrd. dar. Die meisten japanischen Finanzmittel gehen in die Vereinigten Staaten und in die Länder der Europäischen Gemeinschaft.

Nach der Ansicht von Chu werden Handels- und andere Wirtschaftsausinandersetzungen Japan zwingen, seine Aufmerksamkeit stärker auf die asiatischen Länder zu richten. Schon eine kleine Veränderung wird Chinas Anteil am japanischen Kapital erhöhen.

Japan hat beschlossen, am 29.März eine Investitionsförderungsinstitution zu gründen, die Volksrepublik wird eine ähnliche Organisation errichten. Diese beiden Organisationen, in der einflußreiche Politiker und große japanische Unternehmer vertreten sein werden, werden mehr japanische Investoren ermutigen, nach China zu kommen.

Nach Ansicht von Chu werden sich die japanischen Investitionen in der Volksrepublik extensiver verteilen. Gegen-

wärtig sind die japanischen Investitionen hauptsächlich in der nordöstlichen Provinz Liaoning konzentriert. 1989 genehmigte Liaoning 66 Projekte mit japanischen Finanzmitteln - die Gesamtsumme der Investitionen betrug 81,31 Mio.US\$. Auf diese Weise war Japan der größte Investor in dieser Provinz.

Auch die Investitionen aus den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft werden in den 1990 Jahren anwachsen, doch die Wachstumsrate wird abflachen. Chu erklärte dies mit der wirtschaftlichen Diskriminierungspolitik der Länder gegenüber China, die sich auf die Investitionen auswirken werde.

Die Finanzmittel aus den aufsteigenden Nachbarländern der Volksrepublik, darunter Singapur, Malaysia, Thailand, den Philippinen und Südkorea, werden in den 1990 Jahren ebenso ansteigen.

Die Investitionen aus Taiwan, die sich bereits 1989 auf ca. 1 Mrd.US\$ beliefen, werden in den 1990 Jahren beträchtlich anwachsen. Unternehmer aus Taiwan sind begierig darauf, ihre Geschäftstätigkeiten auf die Volksrepublik auszudehnen. Aus Taiwan finanzierte Unternehmen in der Volksrepublik werden die plastik- und petrochemische Entwicklung in den mit ausländischem Kapital arbeitenden Unternehmen dominieren. Hongkong wird weiterhin die Textil-, Elektronik- und Leichtindustrieprojekte dominieren.

Die Investitionen aus Hongkong werden weiterhin in der angrenzenden Provinz Guangdong konzentriert sein. Die taiwanesischen Investitionen konzentrieren sich in der Nachbarprovinz Fujian. Dort könnten gemeinsam von der Volksrepublik, Taiwan und Hongkong einige Exportbasen gebaut werden. (CD, 28.3.90) -lou-

***(36)
Technologie-Importe**

Technologie-Importe haben die Wirtschaft der Volksrepublik China gestärkt und gekräftigt, der Technologie-Import hat aber auch Anlaß zu kontroversen Diskussionen gegeben. Stichwörter hier wären der übermäßige Import von Hardware, der unzurei-